

Nordrhein-Westfalen | 30.01.2014 | Lesezeit 2 Min.

## Vertrauen aufs Spiel gesetzt

*Das geplante Hochschulzukunftsgesetz soll nordrhein-westfälische Unis und Fachhochschulen zwingen, finanzielle und inhaltliche Details ihrer Forschungsoperationen mit der Wirtschaft zu veröffentlichen. Doch ohne die gebotene Vertraulichkeit zwischen Unternehmen und Hochschulen bleiben Forschungsaufträge aus oder kommen anderen Bundesländern zugute.*

---

Wenn private Unternehmen mit Hochschulen zusammenarbeiten, geht es nicht nur um Aufträge, bei denen die Hochschulen die Anwendbarkeit neuer Technologien in der Praxis ergründen sollen. Oft entstehen auch strategische Partnerschaften in der Grundlagenforschung, zum Beispiel, wenn die Hochschulen an nanotechnischen Werkstoffen tüfteln oder biopharmazeutische Wirkstoffe entwickeln.

Solche privaten Forschungsaufträge sind für die Universitäten und Fachhochschulen eine wichtige Geldquelle (Grafik):

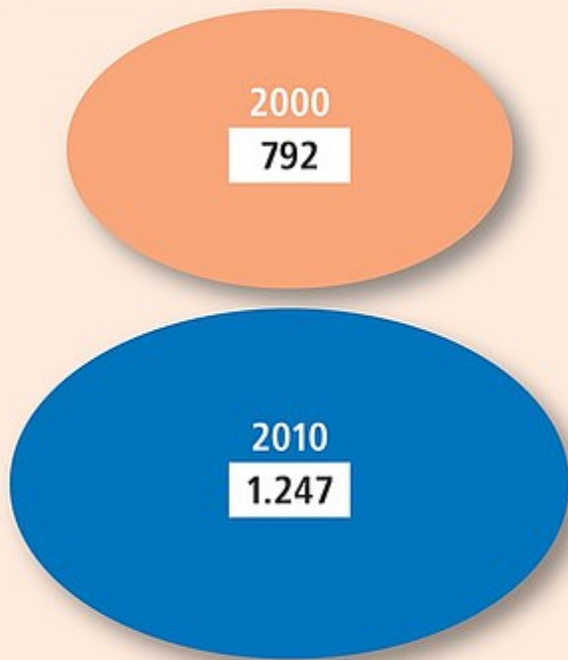
---

Im Jahr 2010 haben die Hochschulen in Deutschland gut 1,2 Milliarden Euro an Forschungsmitteln von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft eingeworben – das waren fast 60 Prozent mehr als im Jahr 2000.

---

## Hochschulen: Wirtschaft ist wichtiger Forschungspartner

So viele Millionen Euro haben die Hochschulen in Deutschland über die von den Bundesländern zur Verfügung gestellten Grundmittel hinaus an Drittmitteln aus der privaten Wirtschaft eingeworben



Drittmittel aus der privaten Wirtschaft in Prozent der Grundmittel im Jahr 2010	
Bremen	8,6
Saarland	7,6
Sachsen	7,5
Bayern	7,5
Baden-Württemberg	6,5
Niedersachsen	6,4
Nordrhein-Westfalen	6,4
Schleswig-Holstein	6,0
Hessen	6,0
Berlin	5,0
Sachsen-Anhalt	4,6
Brandenburg	4,2
Rheinland-Pfalz	4,2
Mecklenburg-Vorpommern	3,6
Thüringen	2,9
Hamburg	1,8

Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 5

Im Durchschnitt aller Bundesländer machen diese Mittel inzwischen fast 6 Prozent der Grundfinanzierung aus.

Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen waren bei dieser Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft bislang überdurchschnittlich erfolgreich. Vor allem technisch-naturwissenschaftlich ausgerichtete Fachhochschulen, aber auch besonders forschungsstarke Universitäten wie die RWTH Aachen haben gemeinsam mit Unternehmen viele Innovationen hervorgebracht.

Wenn die Landesregierung in Düsseldorf ihre Pläne umsetzt, wird sich dies allerdings bald ändern. Denn während der Bund im Rahmen seiner Hightech-Strategie die Forschungsk Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen weiter stärken will, ist der Entwurf des nordrhein-westfälischen Hochschulzukunftsgesetzes rückschrittlich und würde dem Innovationsstandort NRW einen Bärendienst erweisen.

Dem Gesetzesvorhaben zufolge sollen Universitäten und Fachhochschulen detailliert Auskunft über alle durch Drittmittel finanzierten Forschungsprojekte geben, zum

Beispiel über Forschungsthemen, Ziele und Investitionsbeträge sowie über die Firmen, die an der Förderung beteiligt sind.

Die Unternehmen wären also gezwungen, im Innovationspoker mit der Konkurrenz ihre Karten vorzeitig auf den Tisch zu legen. Eine vertrauliche Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen wäre nicht mehr möglich. Dies würde die Patentierung der Forschungsergebnisse und damit eine gewinnbringende Vermarktung erschweren, in manchen Extremfällen sogar vollständig verhindern.

Unternehmen könnten dann in NRW bestenfalls noch mit privaten Forschungseinrichtungen kooperieren, um patentreife Produkte und Verfahren zu entwickeln. Vor allem aber dürften die forschenden nordrhein-westfälischen Hochschulen massiv Aufträge an andere Bundesländer verlieren.

### **Kernaussagen in Kürze:**

- Das geplante Hochschulzukunftsgesetz soll nordrhein-westfälische Unis und Fachhochschulen zwingen, finanzielle und inhaltliche Details ihrer Forschungsk Kooperationen mit der Wirtschaft zu veröffentlichen.
- Im Jahr 2010 haben die Hochschulen in Deutschland gut 1,2 Milliarden Euro an Forschungsmitteln von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft eingeworben – das waren fast 60 Prozent mehr als im Jahr 2000.
- Dem Gesetzesvorhaben zufolge sollen Universitäten und Fachhochschulen detailliert Auskunft über alle durch Drittmittel finanzierten Forschungsprojekte geben.